



Stadt Marktheidenfeld

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 06. (SONDER-)SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum:	Dienstag, 14.03.2023
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	20:21 Uhr
Ort:	im großen Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Stamm, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Adam, Helmut
Bernstein, Tobias
Carl, Michael
Haag, Ruth
Harth, Martin
Hock, Klaus
Hoh, Florian
Hörnig, Joachim
Hörnig, Wolfgang
Hospes, Xena
Keller, Ludwig
Kempf, Bernhard
Kutz, Caroline
Menig, Christian
Menig, Hermann
Oswald, Richard
Richter, Heinz
Riedmann, Mario
Riedmann, Susanne
Rinno, Susanne
Seidel, Holger
Wagner, Burkhard

Ortssprecher

Riedmann, Georg

Seniorenbeauftragte

Dürr, Andrea

Verwaltung

Hanakam, Matthias
Herrmann, Christina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Schneider, Renate
Wiesmann, Eva-Maria

Behindertenbeauftragter

Beutner, Lars

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 58 Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 2023/0057**
Information
- 58.1 Stellungnahme der Fraktion der CSU**
- 58.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR**
- 58.3 Stellungnahme der Fraktion der FW**
- 58.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
- 58.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD**
- 59 Informationen**

Erster Bürgermeister Thomas Stamm eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche 06. (Sonder-)Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

58 Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2023

58.1 Stellungnahme der Fraktion der CSU

Für die Fraktion der CSU spricht Fraktionsvorsitzender Wolfgang Hörnig.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter der Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

für die gute Zusammenarbeit, die Vorarbeiten und die Aufstellung des Haushaltes schon jetzt unser Dank an Sie, Frau Herrmann und alle Mitarbeiter, die für das umfangreiche Zahlenwerk verantwortlich sind.

Verrückte Zeiten.

Das erste Mal seit vielen Jahren stellen wir einen Haushalt im bereits begonnenen Haushaltsjahr auf. Was bei uns immer gute Tradition war, die Aufstellung des Haushaltsentwurfes vor der Jahreswende, wurde leider durch die Umsatzsteuererfassung unmöglich.

Stolze 12,2 Millionen € Kreisumlage werden wir in 2023 und in 2024 voraussichtlich sogar 15 Millionen € an den Landkreis Main Spessart überweisen. Wir sind gespannt, ob sich durch diese erneut hohen Summen etwas für die Stadt Marktheidenfeld, wie zum Beispiel Main-Spessart-Halle, Baumhofquartier und Schulen, bewegen lässt. Die Kreistagsfraktionen müssten hierzu einfach zu ihren Ankündigungen stehen.

Verrückte Zeiten

Man verliert, wenn man das ganze Verfahren um das Wonnemar sieht, seinen Glauben an den Rechtsstaat. Seit über zwei Jahren beschäftigt dieser Rechtsstreit die Verwaltung, den Stadtrat und Anwälte, wobei allerdings nach dem Urteil des Schiedsgerichts alles klar erschienen ist. Ich befürchte, dieses wird uns sicher noch längere Zeit beschäftigen und Auswirkungen auf unsere Finanzen haben.

Auch der schleppende Baufortschritt, als Beispiele möchten wir hier nur die Säule II und den behindertengerechten Zugang zum Franck-Haus, erwähnen. Vor allem aber die Genehmigungsverfahren, die sich über nicht mehr vertretbare Zeiten erstrecken, sorgen für immer mehr Unverständnis und für unglaubliche Kostensteigerungen, die von der Stadt zu tragen sind. Hier müssen Maßnahmen ergriffen werden, um dies zu vermeiden bzw. die Kosten teilen zu können.

Der unsägliche Krieg in der Ukraine und die sicher immer noch nicht erledigte Pandemie tun ihr Übriges, damit wir uns nicht in sicherem Fahrwasser wähen können.

In Marktheidenfeld haben wir in den letzten Jahren die Voraussetzungen für zusätzliche Flächen zur Wohnbebauung geschaffen, wie zum Beispiel Märzfeld und Ziegeleigelände. Wir bitten diesen Weg weiter zu verfolgen, und das Baugebiet in Marienbrunn der Realisierung näher zu bringen. Wir brauchen dringend Wohnraum für die vielen Beschäftigten in unseren Marktheidenfelder Betrieben.

Aber zurück zum aktuellen Haushaltsentwurf.

Wie in der Sitzung des Finanzausschusses erläutert und dann in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgestellt, steht die Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2023 vor einem Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 80.644.839 €.

Die erneut extrem gestiegenen Personalausgaben um 1.155.500 € gegenüber 2022 auf nunmehr 13.208.860 € verlangen Maßnahmen, um einen weiteren Anstieg in 2024 zu vermeiden. Wir bitten hier bis zum Ende des 2. Quartals um Lösungsvorschläge zur Kostenreduzierung und zur Arbeitsentlastung unserer Mitarbeiter, wie zum Beispiel durch Nutzung von:

- Synergieeffekten durch sinnvolle Umverteilung der Aufgaben,
- gemeinsame Verwaltung von VHS und Musikschule,
- festgelegte Vertretungsregelungen,
- gemeinsamer Zentraleinkauf für das Rathaus.

Eine Kostendeckelung im Personalbereich als letzte Möglichkeit zur Ausgabenreduzierung möchten wir aktuell noch nicht vorschlagen. Aber wir gehen auch davon aus, dass sich Mittel im Bereich des Hochbaus einsparen lassen. Möglichkeiten sehen wir zum Beispiel durch:

- intensivere Überwachung der Baumaßnahmen hinsichtlich Termineinhaltung, auch gegenüber Planern und Architekten,
- rechtzeitige Versendung von Ausschreibungsunterlagen,
- Ausstattung der Objekte. Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch eine Aufgabe der Grundversorgung.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den es zu verbessern gilt, ist die stetige Zunahme der Zuschüsse für freiwillige Leistungen der Kommune. Allein die Zunahme in Höhe von über 530.000 € der Zuschüsse für diese Einrichtungen im Vergleich zum Ergebnis der Jahresrechnung 2021 zu dem Haushaltsansatz 2023 verdeutlicht die Situation.

Diese Steigerungen können so nicht mehr hingenommen werden. Wir fordern die Verwaltung auf, bis spätestens Ende September ein Konzept zu entwickeln und uns zur Entscheidung vorzulegen, das eine weitere Steigerung der Kosten in diesen Bereichen zumindest verhindert.

Wir bitten um die Aufnahme von Beträgen für folgende Maßnahmen:

- Mit der Installation von Elektro-Ladesäulen nach über einem Jahr des Wartens sind wir auf dem richtigen Weg. Bei diesen drei Säulen sollten wir allerdings nicht stehen bleiben und besonders im Innenstadtbereich weitere Ladesäulen installieren. Vorschlag hierzu wäre zum Beispiel je eine Säule für zwei Parkplätze am Bronnbacher Platz, in der Petzoltstraße und an den Parkplätzen Schützenhausstraße und Minigolfplatz. Wir sollten aber auch darauf achten, dass die Strombezugspreise nicht ins Uferlose steigen, damit diese Ladesäulen nicht ungenutzt bleiben.
- Zeitnahe Realisierung eines öffentlichen WCs am Parkplatz unterhalb der Alten Mainbrücke.
- Intensive Bemühungen zur Realisierung eines Ärztehauses im Stadtgebiet mit einem vierteljährlichen Bericht über den Sachstand im Stadtrat.
- Den Kauf der zwei vorgestellten Module für den Kindergarten. Die Stadt Marktheidenfeld hat in den letzten Jahren und wird auch zukünftig in die Bildung der Kinder und der Jugendlichen investieren. Kita Baumhof, Erweiterung Kita Altfeld, Erweiterung Grundschule und Sanierung Mittelschule, um nur einige zu nennen. Diese Investitionen in die Zukunft und die Bildung der Kinder und der Jugendlichen unserer Stadt ist unserer Fraktion sehr wichtig und genießt hohe Priorität. Für die Erweiterung der Kindergartenkapazitäten und deren schnelle Umsetzung, und um damit die Wünsche der Eltern und die gesetzlichen Vorgaben erfüllen zu können, bitten wir um schnellstmögliche Realisierung. Wir favorisieren hier den Standort an der Kita Lohgraben für die Erweiterung mit den zweien Modulen.

- Bereich Grundschule:
Die Abbrucharbeiten der Fahrradhalle, des Hausmeisterhauses und der Bücherei sollten nun endlich erfolgen. Dazu bitten wir die Verwaltung, dass unverzüglich eine Ausschreibung erfolgt, damit der Abbruch noch in diesem Jahr realisiert wird, um die damit freigewordene Fläche einer sinnvollen Nachnutzung zuzuführen.
- Ausdrücklich begrüßen wir die eingestellten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und Trinkwasserreinheit im Stadtgebiet. Wasser ist und bleibt unser wichtigstes Gut, und hier muss eine sichere Versorgung gewährleistet sein.
- Fahrrad-Gehweg am Mainkai
Der obere Mainkai im Bereich Fahrgasse bis zum Festplatz sollte für den Radverkehr in beide Richtungen gesperrt und dieser Bereich als verkehrsberuhigte Zone gekennzeichnet werden. Der Radverkehr sollte an den Main unterhalb der Böschung verlegt werden. Dies kann problemlos umgesetzt werden, indem am Radweg, von Zimmern kommend oberhalb (also vor) der Alten Mainbrücke und von Lengfurt kommend am Marktstein Höhe Fahrgasse, je ein Hinweisschild aufgestellt wird. Ein sinnvoller Anfang wäre hiermit gemacht, und die Radfahrtsaison 2023 könnte sofort als Testphase genutzt werden. Wir sind der Meinung, dass hierzu keine Machbarkeitsstudie im mindestens fünfstelligen Bereich nötig ist. Es handelt sich auch in Marktheidenfeld am Main um einen Radweg und keinen „Ras-Weg“. Als nächsten Schritt sehen wir die Umsetzung des Radwegekonzeptes zusammen mit den Beiräten, besonders zu den Ortsteilen. Zusätzlich sollten die vorhandenen Wege zeitnah optimiert werden. Gegenseitige Rücksichtnahme gilt überall im Straßenverkehr.
- Die Inseln der Kreisverkehre befinden sich nach wie vor in keinem optimalen Zustand. Zu den bisher schon oft erwähnten Inseln gesellt sich nun auch noch die Insel im Gewerbegebiet Söllershöhe. Diese Kreisverkehre sind mit der erste Eindruck, den die Besucher unserer Stadt erhalten. Diesen gilt es unbedingt zu verbessern. Wir fordern die Verwaltung auf, die Gestaltung an allen vier Kreisverkehren so schnell wie möglich zu planen und Vorschläge dem Stadtrat vorzustellen.

Zukünftige weitere größere Investitionen können unserer Meinung nach erst in Angriff genommen werden, nachdem die bereits angesprochene Thematik „Wonnemar“ geklärt und finanziell kalkulierbar ist. Wir stehen ganz klar zu unserem Bad für die Bürger. Ich weise ferner darauf hin, dass wir auch in diesem Jahr ganz bewusst auf Prüfaufträge verzichtet haben.

Wir sind in der Fraktion der Meinung, dass man in einer Haushaltsrede auf Prüfaufträge verzichten sollte, denn diese führen nur zur unnötigen Belastung der Verwaltung. Deshalb komme ich nun zum Ende meiner Stellungnahme.

Es bleibt festzuhalten:

Die Stadt Marktheidenfeld steht nach wie vor finanziell auf sicheren Füßen, aber es gilt nachhaltig und - wie bisher immer - überlegt zu handeln und zu investieren.

Dafür, dass dies auch im abgelaufenen Jahr wieder so gehandhabt wurde, bedanken wir uns zuerst bei Ihnen, Herr Bürgermeister Stamm, dem Geschäftsleitenden Beamten Herrn Hanakam, Ihnen Frau Herrmann als Kämmerin, verbunden mit der Bitte, diesen Dank an alle weiteren über 270 Beschäftigten der Stadt weiterzugeben, die sich zum Wohle Marktheidenfelds einsetzen.

Besonderer Dank den Firmen, die es durch ihre Gewerbesteuerzahlungen und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen erst ermöglichen, dass die Stadt Marktheidenfeld nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die vielfältigen freiwilligen Leistungen erfüllen kann.

Meinen weiteren Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Beiräten, Vereinen und Hilfsorganisationen einbringen und somit viel kostbare Zeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger investieren. Diesen unverzichtbaren Helfern vielen Dank und Ihnen allen Danke für die Aufmerksamkeit

58.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR

Für die Fraktion proMAR spricht Fraktionsvorsitzender Heinz Richter.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

auch wenn es in vielen Gemeinden üblich sein mag, den Haushalt für das laufende Kalenderjahr erst im Frühling oder gar noch später aufzustellen, ist dies doch für die Stadt Marktheidenfeld äußerst ungewöhnlich und nunmehr dennoch nach dem Jahr 2021 innerhalb kürzester Zeit bereits zum zweiten Mal der Fall.

Uns als Stadtrat stellt dieser Umstand gerade in Bezug auf anstehende Investitionen vor die große Herausforderung einen Haushalt aufzustellen, bei dem uns bereits jetzt bewusst sein muss, dass die gewünschten Projekte innerhalb des laufenden Kalenderjahres nicht bzw. jedenfalls nicht vollständig verwirklicht werden können. Dankenswerterweise enthält jedoch auch der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung sowie die Stellungnahme unseres Bürgermeisters praktisch keine neuen Projekte, sondern beschränkt sich ganz im Gegenteil darauf, die bereits laufenden und angestoßenen Maßnahmen fortzuführen und hoffentlich vielfach noch in diesem Jahr zu einem guten Ende zu bringen. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

I. Rückblick und Konsequenzen

Wie wir seitens proMAR bereits in der letzten Haushaltsrede betonten, gilt es die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, wie insbesondere Straßenbau, Wasserversorgung, Schulen oder die Kinderbetreuung, schneller und effizienter voran zu bringen. Hier können wir keinen Aufschub dulden, sondern sind auch im Lauf des Jahres gehalten, alles zu tun, um diese Dinge nicht weiter zu verschleppen.

Wie schwierig jedoch nicht nur die Umsetzung dieser Pflichtaufgaben der Daseinsfürsorge ist, zeigt sich bei einem Rückblick auf die freiwilligen Leistungen der Stadt, welche sich anschaulich in den angenommenen Änderungs- und Ergänzungsanträgen der Fraktionen zum Haushalt 2022 finden.

Ich erlaube mir diese Projekte an dieser Stelle nochmals in Erinnerung zu rufen:
Zu nennen sind hier:

- die Erweiterung von Fahrradparkplätzen,
- die Gestaltung des Kreisels am Schlossfeld,
- die Planung zur Errichtung eines öffentlichen WCs am Brückenparkplatz,
- die Planung zur Ausweisung eines Radweges nach Altfeld,
- die Ergänzung von Spielgeräten am Spielplatz Geschwister-Scholl-Ring,
- die Herstellung von Stellplätzen am Bolzplatz Südring,
- die Gestaltung des Spielplatzes am Bürgerhaus Michelrieth,
- die Errichtung von zwei SB-Fahrradservicestationen am Mainradweg,
- die Umsetzung eines Inklusionsspielplatzes,
- die Errichtung eines Beach-Volleyballfeldes am Jugendzentrum,
- die Sanierung des Streetballplatzes,
- sowie die Errichtung einer Outdoorfitnessanlage.

Alles Vorhaben, die sicherlich wünschenswert sind, aber selbst in eineinviertel Jahren, mangels Personal oder Kapazität in der Verwaltung, nicht oder jedenfalls nicht in dem gewünschten Umfang umgesetzt werden konnten.

Gleiches gilt für die immer wieder aufgeschobene Lösung der Frage der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Mainufergestaltung und natürlich der sehnlichst erwarteten Rückübertragung unseres Schwimmbades samt möglichst baldiger Wiedereröffnung. Alles drei Dinge, die erheb-

lichen Finanzbedarf mit sich bringen, welcher insbesondere bei den Kinderbetreuungseinrichtungen und dem „früheren“ Wonnemar in Ausmaß und Höhe – wenn überhaupt – nur mit vielen Fragezeichen abgeschätzt werden kann. Wer in den vergangenen Wochen die Presse-, samt Leserberichterstattung verfolgte, könnte den Eindruck gewinnen, zumindest Teile des Stadtrates – die Fraktion von proMAR eingeschlossen – wären an der Lösung dieser drei Projekte nicht interessiert und verweigerten diesbezüglich geradezu die Arbeit. Nichts könnte falscher sein!

Wir verwahren uns jedoch dagegen, der Bürgerschaft populistische Versprechungen oder Hoffnungen zu machen, wenn absehbar ist, dass die Umsetzung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird oder gar muss. Kontraproduktiv ist es auch, immer neue Machbarkeitsstudien und Konzepte zu beauftragen oder Beauftragte zu benennen oder einzustellen, wenn seitens des Stadtrats noch überhaupt keine Grundsatzentscheidungen und oftmals noch nicht einmal die entscheidenden Grundlagen durch die Verwaltung ermittelt oder geklärt wurden oder werden konnten.

Wenn – wie im Falle des früheren Wonnemars – der Fortgang auch noch vom befremdlichen Geschäftsgebaren eines vermeintlichen Partners oder gar von Gerichtsentscheidungen abhängt, führen kindliche Reaktionen – frei nach dem Motto „ich will aber“ schlicht und einfach nicht weiter.

Dies heißt keineswegs, die Dinge auf sich beruhen zu lassen, oder darauf zu hoffen, sie aussitzen oder ihnen aus dem Weg gehen zu können. Es bringt aber auch nichts, kosten- und zeitintensive Maßnahmen vom Zaun zu brechen, statt Zeit und Geld in umsetzbare und bereits beschlossene Projekte zu stecken und diese schnellstmöglich zu verwirklichen.

Mehrfach hatten wir in der Vergangenheit zudem angemahnt, nicht blind Förderprogrammen hinterher zu laufen, sondern Entscheidungen stets nach Notwendigkeit und Nutzen für die Bevölkerung zu treffen. Das bloße Setzen auf die Hoffnung, möglicherweise ein paar Fördergelder zugewandt zu bekommen, bietet hingegen stets die Gefahr, falsche Entscheidungen zu treffen und damit finanzielle Mittel und Personal zu binden. Fahrlässig und unverständlich wird es in Bezug auf Förderprogramme jedoch auf der anderen Seite, wenn die Stadt bereits Fördermittel bewilligt bekommen bzw. für das laufende Jahr bei Abruf bereits fest zugesagt bekommen hat, jedoch diese Fördergelder schlussendlich tatsächlich mangels Willen zur Umsetzung nicht abgerufen werden (können) und somit zumindest für das laufende Jahr verfallen. Zu nennen sind aus unserer Sicht hier insbesondere die bereits bei der Regierung von Unterfranken angemeldeten Bedarfe der Städtebauförderung. Diese Mittel stehen für uns „auf Abruf“ bereit. In Anbetracht des bereits fast abgelaufenen 1. Quartals des Jahres 2023 ist diese Sorge, dass diese Mittel ungenutzt verfallen, jedoch durchaus im Wachsen begriffen.

Es ist daher am Stadtrat, die für die Umsetzung notwendigen diesbezüglichen Grundsatzentscheidungen zu treffen, Planungsbüros zu beauftragen und so schnell als möglich in die Bauausführung oder Umsetzung zu gehen.

1. Mainkai

Wenn angemahnt wurde, dass beispielsweise die Mainufergestaltung nicht vorangehe, sollten wir die hierfür bereits bereitstehenden Fördermittel in Höhe von 300.000,00 € möglichst noch dieses Jahr voll abrufen und zumindest die Planung des Abschnitts zwischen Biergarten und Alter Mainbrücke mutig in die Hand zu nehmen. Dies gerne unter der Prämisse, dass – soweit baulich und rechtlich möglich sowie in Abwägung der widerstreitenden Interessen von Fußgängern und Radfahrern sowie Anwohnern und Gastronomiebetrieben – dabei eine Trennung von Fuß- und Radweg angestrebt werden soll.

Zuvor ist – und dies möglichst schnell – jedoch die Verwaltung gefordert, Gespräche und Abstimmungen mit dem Wasserwirtschaftsamt, der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung und anderen möglicherweise zu beteiligenden Behörden sowie privaten Dritten zu führen, um

die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten von baulichen Veränderungen, wie beispielsweise von Auf- oder Zuschüttungen (zu nennen ist hier das sog. „Mainviereck“ am Ende der Fahrgasse) oder der Veränderung der Uferbefestigung, zu klären.

Wie sich insbesondere bei Bauprojekten und nicht zuletzt auch bei Konzepten wie dem Integrierten Nachhaltigen Städtebaulichen Entwicklungskonzept (INSEK) zeigte, ist es äußerst wichtig, dass der Stadtrat vor der Beauftragung der jeweiligen Planer und Entwickler sich selbst darüber im Klaren wird, was eigentlich gewünscht und gewollt ist, und vor allem, was gerade nicht erfolgen soll.

Umso klarer die festgelegten Eckdaten eines Projekts bereits im Vorfeld in Stein gemeißelt werden, umso weniger Überraschungen gibt es am Ende und umso weniger Diskussionen müssen im laufenden Verfahren geführt und umso weniger im schlimmsten Fall kostenintensiv angepasst werden.

Wir wünschen uns daher für das „Rumpfhaushaltsjahr 2023“, dass der Stadtrat den Mut fasst, möglichst bald Grundsatzentscheidungen zu treffen und nach erfolgter Mehrheitsentscheidung in die Umsetzung geht. Neben der vielfach gewünschten Trennung von Fuß- und Radweg sind dies aus unserer Sicht insbesondere die Frage des Erhalts des Mainkaiparkplatzes, die Gestaltung und bessere Befestigung der unteren Mainkaiebene, die Erhöhung des Freizeitwerts durch Schaffung besserer Zugänge zum Main – etwa durch Stufen oder auch Stege (gerne auch mit Möglichkeit der Anlandung durch Boote und kleinere Yachten), die bessere Gestaltung des Bereichs der sogenannten „Fressmeile“ durch Befestigung der Böschung und Weiterführung des gepflasterten Weges bis jedenfalls zur Alten Mainbrücke, die Frage der Schaffung einer weiteren öffentlichen Toilette am Brückenparkplatz sowie nicht zuletzt die Fortführung der Komfortstreifen sowie der Erhalt des „wildromantischen“ Charakters des Mainkais durch große alte Bäume und den reichlichen Gebrauch von heimischem Rotsandstein.

Alles Dinge, die vom Stadtrat bereits jetzt entschieden werden und sodann einem Fachplaner zur Berücksichtigung bei der konkreten Planung mitgegeben werden können. Hier braucht es keinen Zeitaufschub und vor allem keine weiteren Machbarkeitsstudien, die nur Zeit kosten und inhaltlich nichts Neues bringen.

Die Stadträtinnen und Stadträte wissen doch, was sie wollen oder nicht wollen! Also lassen Sie uns dies dem Grundsatz nach diskutieren und dann per Mehrheitsbeschluss entscheiden. Nicht alles wird einvernehmlich gehen, aber Mehrheit ist Mehrheit und nichts ist schlechter, als dass nichts vorangeht.

2. Kinderbetreuungseinrichtungen

Nichts Anderes gilt aus unserer Sicht für die Frage der Kindertageseinrichtungen.

Wie Sie alle wissen, haben diverse Eltern im vergangenen Jahr Absagen bezüglich der Gewährung eines Kindergarten- oder Krippenplatzes bekommen. Dies, obwohl die Stadt Markheimenfeld in den letzten Jahren stets in der Lage war, die Nachfrage nach Betreuungsplätzen vollumfänglich zu bedienen.

Die unerwartet hohe und im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegene Nachfrage, insbesondere nach Krippenplätzen für die Kleinsten, war in diesem Ausmaß nicht abzusehen, wenn auch – ehrlich gesagt, schon aufgrund des vom Bund beschlossenen Anrechts auf Betreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr – zu befürchten.

Die Sondereffekte durch die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und die wieder aufflammende übrige Flüchtlingskrise kommen erschwerend hinzu. Wie es mit den Geburtenzahlen in unserer Stadt weitergeht, wissen zudem auch wir nicht. Die steigenden Geburtenraten scheinen – die Zahlen des Freistaats Bayern zugrunde gelegt – jedenfalls im Jahr 2022 zumindest deutlich gebrochen zu sein.

Ob sich dies wieder ändert – wer weiß.

Ob dies zudem nach Fertigstellung der geplanten Baugebiete im Märzfeld oder auf dem ehemaligen Ziegeleigelände oder durch die großen Neubauprojekte auf dem ehemaligen Lermann-Areal in unserer Stadt aufgefangen werden kann, oder ob diese Gebiete den Bedarf gar deutlich erhöhen werden, steht ebenfalls in den Sternen.

Was also tun?

Nun, wir haben mit der Entscheidung zur Erweiterung der Kita Altfeld bereits eine für das Betreuungswesen weitgehende und bisherige Paradigmen über den Haufen werfende Entscheidung getroffen. Nur wird die Umsetzung – wenn auch ohne langwieriges Vergabeverfahren – dennoch nicht schnell, sondern frühestens im kommenden Jahr vollendet werden können. Wie wir in einer Stadtratssitzung im Februar hören konnten, würde auch eine etwaige Übergangslösung durch Errichtung von Modulen am Lohgraben-Kindergarten mindestens zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Schnelle Abhilfe ist also praktisch nicht möglich. Und ob in zwei bis drei Jahren der Bedarf tatsächlich noch gegeben ist oder gar noch größer sein wird, ist fraglich und sollte – soweit möglich – dringend vor weiteren Entscheidungen bestmöglich geklärt und prognostiziert werden.

Eigentlich sollte man meinen, dies wäre recht einfach durch einen Blick in die Belegungszahlen und eine etwaige Warteliste sowie einen Abgleich mit den Einwohnermeldeamtsdaten zu machen. Tatsächlich scheint hier jedoch große Unklarheit zu bestehen und vor allem sich widersprechende Datenangaben vorzuliegen. Diese müssen dringend geklärt und Unsicherheiten ausgeräumt werden, damit wir auf tragfähiger Datengrundlage tragfähige Lösungen für die Zukunft erarbeiten und beschließen können.

Wir können Geld – wie jeder andere auch – halt nur einmal ausgeben! Die städtischen Finanzmittel sollten aus diesem Grund trotz der guten Haushaltslage unserer Stadt aus unserer Sicht möglichst nicht für Übergangslösungen, sondern in endgültige und langfristig nutzbare Objekte investiert werden. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für die schnellstmögliche Ausschreibung der bereits dem Grunde nach beschlossenen Kinderbetreuungseinrichtung in der Ludwigstraße ein. Diese sollte möglichst so dimensioniert werden, dass sie in der Lage ist, Bedarfsspitzen auffangen zu können. Nochmals regen wir in diesem Zusammenhang an, ohne Scheuklappen auch alternative Bauformen, wie etwa eine Modulbauweise oder auch die Beauftragung eines Totalunternehmers zumindest zu prüfen. Keinesfalls können wir uns bei der Errichtung und Sanierung der Kinderbetreuungseinrichtungen Bauverzögerungen und Baukostensteigerungen – wie sie etwa bei der Säule II angefallen sind – leisten.

Hier bitten wir insbesondere die Bauverwaltung, kreativ das bestmögliche aus dem Vergaberecht herauszuholen.

Nichts Anderes gilt für uns im Übrigen für die Umsetzung der Erweiterung/des Umbaus der Grundschule oder der im Schulverband durchzuführenden Sanierung der Mittelschule.

3. Schwimmbad „Wonnemar“

Ein besonderes Anliegen ist es mir – schon aufgrund meiner beruflichen Profession – etwas zu unserem Schwimmbad zu sagen.

Ich glaube für den ganzen Stadtrat sprechen zu können, wenn ich sage, dass wir alle mit der nunmehr bereits langjährigen Schließung unseres Schwimmbades äußerst unzufrieden sind und gerne allen Bürgerinnen und Bürgern sowie insbesondere den Kindern und Jugendlichen wieder die Möglichkeit des Schwimmens und Badens – gerade in der kalten Jahreszeit – ermöglichen würden.

Sie können sich sicher sein, dass wir uns keine der getroffenen Entscheidungen der letzten drei Jahre leichtgemacht haben. Ziel ist es weiterhin, so schnell wie möglich Klarheit zu bekommen und sodann alles für die Wiederherstellung der Nutzbarkeit und schlussendlich die Wiedereröffnung des Bades – vielleicht ja auch wieder als Maradies – zu tun. Wir bitten jedoch um Verständnis, dass wir den Weg der gerichtlichen Klärung stringent weiterverfolgen und das Eingehen von Kuhhändeln weiterhin tunlichst vermeiden wollen. Wie unser Anwalt einmal sagte: „ich

kenne keinen Vertrag den der Betreiber jemals eingehalten hat“. Anders ausgedrückt: „mit solchen Leuten macht man keine Geschäfte.“

Völlig ausgeschlossen ist es für uns daher, dass wir das Bad zur vermeintlichen Abkürzung des Verfahrens praktisch ein zweites Mal kaufen. Wie auch die Bürgerschaft in der Presse lesen konnte, bot der Insolvenzverwalter ja die Rückübertragung gegen Zahlung von ca. sieben Millionen € an. Dies wohl gemerkt trotz der Tatsache, dass sich die Stadt Marktheidenfeld vor Baubeginn dazu verpflichtet hatte, den Baukredit für das Bad vollständig abzubezahlen. Sie ist sozusagen in den Kredit der interSPA mit der finanzierenden Bank eingetreten und wird daher unabhängig von der Insolvenz der Besitzgesellschaft nicht von der Verbindlichkeit freierwerden, sondern diesen interSPA-Kredit weiterhin als langjährige Belastung haben. Dem Insolvenzverwalter ist dies aus nicht nachvollziehbaren Gründen jedoch gänzlich egal.

Nein, statt dem schlechten Geld gutes hinterher zu werfen, heben wir uns die sieben Millionen € lieber für die Sanierung und spätere Attraktivitätssteigerung unseres Schwimmbades auf – dies auch, wenn die Verwirklichung noch ein „paar Monate“ dauern wird. Betont werden muss, dass die Stadt Marktheidenfeld sämtliche Rechtsstreitigkeiten gegen interSPA gewonnen hat und sogar der Geschäftsführer der Gruppe rechtskräftig strafrechtlich verurteilt wurde. Der Weg, den wir eingeschlagen haben, stellt sich also zunehmend auch objektiv als richtig heraus.

Hoffen wir, dass nach dem vollumfänglichen Obsiegen im Schiedsgerichtsverfahren nunmehr bald auch das Bayerische Oberste Landesgericht den Weg frei für den Rückfall an die Stadt Marktheidenfeld macht.

Keine Illusionen machen wir uns, dass die Arbeit hiernach erst richtig losgeht und der wünschenswerte Selbstbetrieb des Bades samt Therme und Sauna uns auch finanziell einiges abverlangen wird. Nochmals in ein Betreibermodell zu gehen, ist vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen sowie der Ohnmacht, Nichts tun zu können, samt schmerzhaftem Verzicht auf das Badevergnügen, jedoch keine wirkliche Alternative.

4. Personalbedarf

Mit Sorge beobachten wir unabhängig von den Investitionen, dass der Personalbedarf und zugleich auch der Personalaufwand weiterhin steigt. Hier gilt es in diesem Jahr ganz genau hinzuschauen, ob auch tatsächlich alle Stellen richtig zugeschnitten sind oder sich nicht doch an der einen oder anderen Stelle Synergieeffekte und somit Freiräume schaffen lassen, welche im Folgenden den weiteren Zuwachs des Stadtpersonals zumindest etwas eindämmen können. Dass das Kinderbetreuungswesen auch beim Personal großen Raum einnimmt und die Gewinnung und das Halten von Mitarbeitern in diesem Bereich besonders wichtig – wie zugleich schwierig ist – ist dabei jedoch ohnehin allen bewusst.

II. Ausblick

Im Bewusstsein der enormen finanziellen Herausforderungen schließt sich die Fraktion von proMAR dem zurückhaltenden Haushaltsentwurf der Kämmerei vollumfänglich an und verzichtet darauf, Anträge zu stellen und Änderungen vorzuschlagen. Wie bereits 2021 betont, ist die Aufstellung eines Haushalts nach den Art. 61 ff. der bayerischen Gemeindeordnung zwingend vorgeschrieben, um als Kommune überhaupt Ausgaben tätigen zu können. Dabei sind sämtliche voraussichtlich anfallenden Positionen aufzunehmen. Es verbietet sich daher jedoch geradezu, den Haushalt mit Unwägbarkeiten und einem Wunschkonzert zu überfrachten.

Klargestellt werden muss, dass uns sehr daran gelegen ist, unsere Stadt zum Wohle aller und insbesondere unserer vielen Bürgerinnen und Bürger fortzuentwickeln und noch lebenswerter zu gestalten, als dies ja bereits der Fall ist. Die äußerst guten Platzierungen in diversen Rankings von vergleichbaren Kleinstädten müssen uns Ansporn und Verpflichtung sein, auch künftig das Bestmögliche zu erreichen und uns gerade nicht auszuruhen. Es ist uns, bereits getreu unserem Namen proMAR, wichtig „für Marktheidenfeld“ nicht im status quo zu verharren, sondern offen, unter Einbeziehung der Bevölkerung, Neues anzustoßen.

Dies muss jedoch auf eine seriöse und insbesondere im Sinne der städtischen Finanzen verträgliche Art und Weise geschehen. Nehmen wir uns daher dieses „Rumpfhaushaltsjahr“ zur Konsolidierung vor, ohne die notwendigen Vorbereitungshandlungen für künftige größere Projekte aus den Augen zu verlieren.

III. Dank

Die Stadt Marktheidenfeld befindet sich – wie anschaulich bereits in der Presse berichtet wurde und wie es sich auch aus dem Haushaltsentwurf unserer Stadtkämmerin ergibt – nach wie vor in einer äußerst glücklichen, weil gewerbe- und einkommenssteuerstarken Situation. Hier gilt der aufrichtige Dank allen Gewerbetreibenden, seien sie klein oder groß. Sie sind es, die unsere lebenswerte Stadt überhaupt erst möglich machen.

Unser Dank gilt aber nicht zuletzt auch allen Beschäftigten der Stadt Marktheidenfeld, den vielen in Vereinen und anderweitig ehrenamtlich Engagierten sowie allen, welche sich auf andere Weise für das Wohl unserer Stadt einsetzen.

Auf dass unsere Stadt auch im 75. Jahr seit ihrer Stadterhebung blühe und gedeihe!

58.3 Stellungnahme der Fraktion der FW

Für die Fraktion der Freien Wähler spricht Fraktionsvorsitzender Burkhard Wagner.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geschätzte Vertreter der Verwaltung und der Presse!

Sicher wurde bereits von den Vorrednern auf verschiedene politische Herausforderungen eingegangen. Diese Geschehnisse haben auch Auswirkungen auf unsere Stadt und das politische Wirken.

Einen unmittelbaren Einfluss auf diese Abläufe haben wir jedoch nicht, sondern uns obliegt es, mit diesen Entwicklungen bestmöglich für unsere Stadt umzugehen. Ein wesentlicher Faktor für das Wohlergehen ist zweifelsfrei die gute und ausgewogene Struktur an Arbeitsplätzen und den daraus resultierenden Einnahmen, welche den Gestaltungsspielraum für die Notwendigkeiten in unserer Stadt ergeben. Hierfür möchten wir allen Beteiligten unseren ausdrücklichen Dank aussprechen.

Ebenso ist es uns ein großes Anliegen, bereits zu Beginn unserer Stellungnahme allen ehrenamtlich Engagierten ein besonderes Dankeschön zu sagen. Die Unterstützung und Stärkung des Ehrenamtes wird stets betont und ist auch angebracht, jedoch müssen wir hier als Stadtverwaltung und Stadtrat auch angemessen und ausgewogen reagieren.

Die Würdigung dieser Dienste für die Allgemeinheit ist hoch anerkennenswert, und wir müssen allen Strömungen entgegensteuern, welche diese Mitbürger diskreditieren und ihnen ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft erschweren.

Nachfolgend nehmen wir zu bestimmten Themenbereichen differenziert Stellung:

- Digitalisierung/Personal

Wie bekannt, ist uns die zeitgemäße Ausstattung unserer Verwaltung mit sämtlichen Dienststellen ein besonderes Anliegen. Wir erwarten hier jedoch auch, dass dieses Equipment und die Anwendungsmöglichkeiten noch intensiver genutzt werden. Beispielhaft verweisen wir hier auf unseren zurückliegenden Antrag, dass die digitalen und analogen Formulare barrierearm aufbereitet und angeboten werden. Gesetzlicher Bezugspunkt ist hier das BGG (= Behindertengleich-

stellungsgesetz). Diese Vorlagen erleichtern vielen Menschen mit verschiedenen Bildungs- und Migrationshintergründen den Umgang mit unseren Dienststellen.

Ebenso erwarten wir die verstärkte Nutzung dieser Kommunikationswege zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, da die altersentsprechende Zielgruppe direkter über diese Kanäle erreichbar ist.

In diesem Aufgabenfeld sehen wir auch die Straffung der Verwaltungsabläufe in unseren städtischen Kindertageseinrichtungen. Hier erwarten wir weiterhin eine klare Strukturanalyse sowie erkennbare Verbesserungen.

Seit 2021 ist es tarifrechtlich verankert, dass Kommunen ihren Beschäftigten ein Dienstradleasing per Gehaltsumwandlung anbieten können. Hier verweisen wir auf unseren Antrag zu den Haushaltsberatungen aus dem Jahr 2022 und bringen unsere Unzufriedenheit mit der Umsetzung zum Ausdruck. Hier erwarten wir eine zeitnahe Erledigung.

- Soziale Stadt/Bildungseinrichtungen/Jugendarbeit und -förderung

Einen unstrittigen Schwerpunkt wird in den nächsten Jahren die Ertüchtigung und der Neubau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen darstellen. Unsere Grundschule bedarf einer Erweiterung, die Mittelschule steht kurz vor dem Beginn der Sanierung und Ergänzung der Gebäude, zwei Kindertagesstätten müssen errichtet werden und das unsägliche Thema unseres Schwimmbades wird uns ebenso fordern. Die notwendigen Investitionskosten werden unsere Rücklagen deutlich verzehren. Das bedeutet im Ergebnis, dass wir uns andere kostenintensive Projekte nur schwer vorstellen können. Ebenso ist bei der Planung und Umsetzung dieser Vorhaben auf den Grundsatz NOTWENDIGES statt WÜNSCHENSWERTEM zu achten. Auch unsere Rücklagen sind nicht unerschöpflich!

Nachdrücklich fordern wir jedoch in diesem Haushaltsjahr die Auszahlung der beschlossenen Förderung von 50 ct je Mitgliedereinheit für die entsprechenden Vereine und verweisen hier auf die Beachtung der Beschlusstreue.

- Infrastruktur

Ebenso kosten- und arbeitsintensiv sind die notwendigen Maßnahmen im Straßen- und Kanalunterhalt zu betrachten. Auch hier werden zeitnah vielschichtige Ertüchtigungen anstehen. Auch weiterhin sind diese Maßnahmen aus dem Blickwinkel der Barrierearmut zu begleiten. Exemplarisch und kurzfristig sehen wir hier die Bushaltestelle Am Graben/Kriegerdenkmal im Stadtteil Altfeld. Wir beantragen die zeitgemäße barrierearme Ertüchtigung sowie die Gestaltung analog eines bereits getroffenen Stadtratsbeschlusses.

Verweisen möchten wir in diesem Themenbereich auch auf die notwendige Umsetzung der Beschlüsse zur Bauhofstrukturierung, um bedarfsgerechte Flächen und Lagermöglichkeiten vorzuhalten. Notwendige Schritte sind mit Fremdnutzern umzusetzen.

In der Hoffnung auf einen baldigen Zugriff auf unser Schwimmbadgelände wird sich erneut die Parkraumsituation aufwerfen. Hier sehen wir nach wie vor einen erheblichen Bedarf an der Schaffung entsprechender Stellflächen. Gespannt sind wir hier auf einen entsprechenden, vorausschauenden und proaktiven Austausch unserer Verwaltung mit den entsprechenden Großbetrieben.

- Stadtentwicklung/Umwelt

Bereits seit mehreren Jahren verweisen wir auf vorausschauendes Denken und Handeln in diesem Themenbereich und haben hier sowohl die Kernstadt auch als die Stadtteile im Blick. Durch verschiedene digitale Werkzeuge ist unsere Verwaltung in der Lage, längerfristig unbebaute Grundstücke zu erfassen. Wir beantragen erneut die Kontaktaufnahme mit den Grundstückseigentümern in Form eines Fragebogens, ob eine Verkaufsbereitschaft erkennbar ist und ob Bauflächen generiert werden können. In Umlandgemeinden ist dieses bereits gängige Pra-

xis. Eine Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr verweist detailliert auf entsprechende Vorgehensweisen hin. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf zurückliegende Anträge unsererseits und befürworten den entsprechenden Haushaltstitel für Grundstückserwerb durch die Stadt Marktheidenfeld (für Kernstadt und Stadtteile). Besonders betrachten wir hier auch die Gewinnung von Bau- und Wohnflächen innerhalb der Ortskerne.

Um solche Bau- und Sanierungsmaßnahmen besonders zu fördern, stellen wir einen Prüfauftrag hinsichtlich der Nutzung für unsere Deponie „Plattenschlag“. Wir beantragen einerseits die Prüfung der Anfuhrberechtigung und einen glaubhaften Herkunftsnachweis sowie Vergünstigungen für Erwerberinnen und Erwerber von Grundstücken und Gebäuden bei Umbau- und/oder Abrissarbeiten zum Erhalt der Stadt- und Ortsstrukturen.

Einer angestrebten Machbarkeitsstudie hinsichtlich eines Bürgerhauses für die Kernstadt stehen die Freien Wähler sehr offen gegenüber. Unser Stadtentwicklungsbeirat hat sich mit diesem Themenkomplex intensiv beschäftigt, und wir erhoffen uns detaillierte Grundlageninformationen hinsichtlich geeigneter Flächen sowie der zu erwartenden Kosten.

Durch die Schaffung der Stelle eines hauptberuflichen Umweltbeauftragten sehen wir hier jetzt die personellen Ressourcen zur vorausschauenden Betrachtung und Planung in diesem großen Tätigkeitsbereich. Wir wiederholen unseren Prüfauftrag hinsichtlich der Möglichkeiten der Installation von weiteren PV-/Solaranlagen auf und an städtischen Gebäuden (z. B. alte TV-Turnhalle, Jugendzentrum, Dartheim etc.).

Ebenso können wir uns die Schaffung einer arrondierten Grünzone im Bereich Luitpold-, Baumhof- und Echterstraße vorstellen, durch entsprechenden Flächenerwerb durch die Stadt.

Eine weitere Notwendigkeit sehen wir im Ankauf oder der Pacht von bisher intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen im Trinkwasserschutzgebiet Eichholz und anschließende extensive Nutzung und/oder Aufforstung. Stichwort: Nitratproblematik! Wir beantragen die entsprechende Kontaktaufnahme.

Erst kürzlich konnten wir das emsige Wirken unseres Bibers am Erlenbach in Augenschein nehmen. Hier beantragen wir die Prüfung des Förderprogrammes der Regierung von Unterfranken „Auf zu lebenswerten Bächen“ zur Teilrenaturierung. Freudig sehen wir der Umsetzung des Grünordnungsplans im Industriegebiet Schloßfeld im Stadtteil Altfeld entgegen.

Stichpunktartig erlauben wir uns weitere Anträge:

- Mehr Grün in die Stadt durch eine Aktion „Marktheidenfeld pflanzt Bäume“, z. B. für jeden privat gepflanzten Baum, ergänzt die Stadt durch eine weitere Pflanzung an geeigneter Stelle.
- Erinnern möchten wir hier an die Aktion „Anlassbäume“, leider wurde diese bisher vernachlässigt.
- Als Ausfluss der aktuellen Kartierung der städtischen Bäume beantragen wir die sukzessiven Ersatzpflanzungen an der Kastanien-/Nussbaumallee am Mainkai.
- Wir verweisen wiederholt auf Einhaltung der Stellplatzsatzung durch die Stadt, unter anderem bezüglich der Parkplätze am Minigolfplatz sowie in der Schützenhausstraße.
- Wir beantragen die Beschaffung von mobilen Baumcontainern zur gärtnerischen Gestaltung und Neuordnung, sowohl für den Alten als auch für den Neuen Festplatz. Diese Container können anlassbezogen umgesetzt und auch an anderen Örtlichkeiten gestalterisch eingesetzt werden. Eine Kostenermittlung sowie konkrete Vorschläge erbitten wir durch unsere Bauhofleitung!
- Im Zuge der Erweiterung des Spielplatzes an den Maradies-Seen ist auch die Pflege der Seen zu beachten. Hier beantragen wir die Berücksichtigung eines angemessenen Haushaltsansatzes.

Abschließend gilt unser Dank allen städtischen Bediensteten für ihr engagiertes Wirken. Unseren ausdrücklichen Dank richten wir an unsere Kämmerin Frau Herrmann mit ihrem Team, für die erneut sehr gute und umsichtige Zusammenstellung, Aufbereitung und Darstellung des städtischen Haushaltes für das Jahr 2023.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertige Stadtratskolleginnen und -kollegen, auf ein gutes Miteinander zum Wohle unserer Stadt.

58.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Fraktionsvorsitzende Xena Hospes.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Vertreter der Stadtverwaltung und Presse, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, dass ich für meine Fraktion Stellung zum eingebrachten Haushaltsentwurf nehmen darf. Dem Dank meiner Vorredner kann ich mich anschließen. Wir haben nun bereits einige Reden gehört und eins ist klar: auch dieses Jahr stehen wir vor ähnlichen Aufgaben wie letztes, daher wollen wir wieder versuchen, uns in unserer Haushaltsrede auf die für uns wichtigen Aspekte zu beschränken. Wir bemühen uns, wie auch sonst, die Ausführungen kurz zu halten und nicht allzu viel zu wiederholen. Stattdessen wollen wir versuchen, nach drei Jahren Bilanz zu ziehen und zu verdeutlichen, was wir schon alles erreicht haben. Außerdem wollen wir herausstellen, wo es nach der Hälfte der Wahlperiode vielleicht noch Aufholbedarf gibt und welche Aufgaben wir noch erledigen wollen.

Uns beschäftigen dieses Jahr weiterhin viele Straßensanierungen, welche die Stadt viel Geld kosten. Trotzdem ist es notwendig und uns freut hierbei anzumerken, dass die vor kurzem verabschiedete Lichtleitlinie hier Anwendung findet. Bei der Sanierung der Straßen wird von nun an darauf geachtet, die Lichtemission niedrig zu halten. Wir wünschen uns hier, dass die Stadt dabei eine Vorreiterrolle annimmt und anstelle des geforderten Minimums von 3.000 Kelvin eine noch verträglichere Lichtfarbe wählt. Außerdem sollte auf die Lichtlenkung, Lichtintensität und Leuchtdauer geachtet werden. Hier bleibt zu hoffen, dass sich Firmen und Privatpersonen dem Vorhaben anschließen und auch auf ihre Lichtemissionen achten. Der von uns geforderte und vom Stadtrat bewilligte Umweltbeauftragte könnte hier auch einige Aufgaben finden.

Einen Gegensatz zum Autoverkehr bildet das Radfahren. Wir forderten, dass die Radfahrer*innen im Verkehr unserer Stadt mehr berücksichtigt werden. Das Radwegekonzept bildet hier den Startschuss. Das Radwegenetz innerhalb Marktheidenfelds unter Einbezug der Anbindung von Gemeinden – insbesondere Altfeld – bildet einen maßgeblichen Beitrag zu mehr Klimaschutz. Zusätzlich zu einem Beitrag zum Klimaschutz bedeutet dies für uns jedoch auch, dass die Sicherheit der Bürger*innen maßgeblich erhöht wird. Um das Radwegenetz auszubauen, müssen konkrete Vorschläge entwickelt und diese auch umgesetzt werden. Für die Umsetzung stehen noch immer 30.000 € im Haushalt bereit. Diesen Ansatz unterstützen wir weiterhin.

Ein Teil des Radwegekonzepts bildet auch unser Mainkai. Hier müssen wir handeln, um die Sicherheit für Verkehrsteilnehmer*innen und die Attraktivität für Bewohner*innen und Tourist*innen unserer Stadt zu gewährleisten. Für den Abschnitt B 3 sind bereits 300.000 € als Fördermittel beantragt. Wir wollen dieses Geld dieses Jahr auch ausgeben und einen der attraktivsten Teile unserer (Alt-)Stadt endlich weiterentwickeln. Dies ist auch Wunsch unserer Marktheidenfelder Bürger*innen, was man im Integrierten Nachhaltigen Städtebaulichen Entwicklungskonzept (INSEK) klar nachvollziehen kann. Diesen Abschnitt aktiv anzugehen, hat auch Bürgermeister Thomas Stamm in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf angeregt. Hier kann er auf unsere Unterstützung zählen.

Erinnern möchten wir in diesem Zuge an die SB-Fahrradservicestationen am Fahrradweg am Main. Diese sind von großem Nutzen für die Marktheidenfelder*innen sowie die Tourist*innen, da sie Fahrradhalterungen, Werkzeug zum Reparieren sowie Luft zum Nachfüllen der Reifen beinhalten. Bereits letztes Jahr wurden für zwei solcher Stationen 5.000 € in den Haushalt eingestellt und wir wünschen uns, dass diese im Verlauf des Ausbaus des Mainradwegs auch aufgestellt werden.

Zur weiteren Attraktivierung unseres Mainkais beantragen wir 20.000 € für Zigarettentülleimer entlang des Mainkais. Diese Tülleimer tragen nicht nur dazu bei, dass der Weg ansehnlicher wird, sondern haben auch eine große Wirkung auf die Umwelt. Eine einzige Zigarettentülleimer enthält bis zu 4.000 schädliche Stoffe, die zwischen 40 und 60 Liter Grundwasser verunreinigen können und nur schwer abbaubar sind. Durch die richtige Entsorgung dieses Mülls kann einer solchen Verschmutzung entgegengewirkt werden.

Seit Beginn der Wahlperiode versuchen wir, der Vergessenskultur entgegenzusteuern. Die von uns initiierten Stolpersteine wurden bereits verlegt, was eine bemerkenswerte Leistung vieler Akteure in der Stadt war. Erst vor kurzen hat sich der Stadtrat entschieden, die Gradl-Straße umzuwidmen. Erfreulich ist, dass eine weitere Auseinandersetzung mit dem Werk und Leben Hermann Gradls in der Stadtbibliothek stattfinden kann.

Wir dürfen nicht aufhören, auch im Blick auf die aktuelle politische Weltsituation für Demokratie und Frieden einzustehen. Das beginnt bei jedem Einzelnen von uns in seiner Wortwahl und seinem Handeln gegenüber dem Anderen. Besonderen Dank verdienen hier alle Hilfsorganisationen und Einzelpersonen, die sich in schweren Zeiten für andere einsetzen.

Natürlich setzen wir uns auch weiterhin für den Klima- und Umweltschutz ein. Durch das Inkrafttreten der Lichtleitlinie haben wir bereits einiges geschafft, doch ein weiterer wichtiger Bereich ist das Erzeugen von erneuerbarer Energie. Hierbei muss die Stadt Marktheidenfeld eine Vorreiterposition einnehmen. Dies kann nur geschehen, wenn wir Eigeninitiative ergreifen und auf entsprechende Partner zugehen, anstatt immer nur reaktiv zu handeln. Darum sollte die Stadt Marktheidenfeld das 2013 erstellte Klimaschutzkonzept entsprechend ihrer selbst auferlegten Kriterien (Überprüfung alle fünf Jahre) noch einmal reflektieren und Überlegung anstellen, welche Aufträge aus dem Klimaschutzkonzept für die Stadt Marktheidenfeld abzuarbeiten sind, beispielsweise die aktive Suche nach neuen Flächen für Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen. Für die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes muss weiterhin kein Geld in den Haushalt eingestellt werden, da dies von der Verwaltung, auch auf Grundlage des Klimaschutzkonzeptes der Stadt, übernommen werden könnte. Im nächsten Schritt sollte die Stadt Marktheidenfeld aktiv handeln und passende Anbieter ansprechen. Dies ist eine Erinnerung an unsere bereits letztes Jahr gestellte Forderung.

Wir unterstützen die Bohrungen nach einem neuen Brunnen und hoffen, so die Wasserversorgung der Stadt sicherzustellen. Auch hier ist es uns wichtig zu begreifen, dass Wasser eine endliche Ressource darstellt.

Uns ist wichtig herauszustellen, dass wir den Haushalt nicht aufblähen wollen. Wir haben schon einiges seit Beginn der Wahlperiode erreicht, doch einige Aufgaben stehen noch vor uns. Ziel muss es sein, dass nachhaltiges Wirtschaften und Handeln die Grundlage jedes Tuns werden. Dafür müssen sich Haltungen gegenüber dem Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz ändern. Und Haltungsänderungen kosten kein Geld. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

58.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD

Für die Fraktion der SPD spricht Fraktionsvorsitzender Hermann Menig.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer hier im Ratssaal,

ich hoffe, dass ich nach vier Vorredner*innen zu vorgerückter Stunde auch noch auf Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit hoffen kann.

Natürlich geht schon traditionell am Anfang einer Haushalts-Rede der SPD-Fraktion unser Dank an die Stadtkämmerin, Frau Herrmann, weil die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfes von ihr und ihrem Team wieder verständlich aufgezeigt wurde, obwohl erheblicher Mehraufwand an Arbeit anstand. Ich nenne hier nur die Änderungen in der Umsatzsteuer und die Zusatzarbeit der Kämmerin als „Generalkümmerin“ des Wonnemar.

Wir müssen ja fast froh sein, dass es nur bis fast zum Ende des 1. Quartals des schon begonnen Haushaltsjahres 2023 gedauert hat, bis belastbare Zahlen vorgelegt werden konnten, wenn man vom fehlenden Stellenplan absieht. Leider waren keine ausführlichen Beratungen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts in Sitzungen des Wirtschafts- und Finanzausschusses möglich, aber unser Bürgermeister hat dies für die nächsten Haushaltsberatungen wieder in Aussicht gestellt.

Der Haushaltsplan, der vor uns liegt, gilt für das Jahr des 75-jährigen Stadtjubiläums, das wir in Kürze gebührend feiern wollen. Marktheidenfeld hat in einem Dreivierteljahrhundert eine positive Entwicklung genommen, die ihresgleichen in der Region sucht. Mit dem Jubiläum gehen 70 Jahre Volkshochschule, 25 Jahre Jugendzentrum Main-Haus, 25 Jahre Kulturzentrum Franck-Haus sowie eine gerade gegründete städtische Musikschule einher. Die Stadt bietet für ihre Einwohner und Gäste einiges, und unser aller Ziel sollte es sein, bereits Erreichtes dauerhaft erhalten zu können.

Das gilt auch für das leidige Thema Wonnemar. Einen letztlich kaum abschätzbaren Faktor für künftige Haushaltsentwicklungen stellt der Fortgang in Sachen Wonnemar dar. Eine verlässliche Aussage zur Zeitschiene ist kaum zu machen. Wann kann die Freizeitanlage als Maradies 2.0 endlich wieder in Betrieb gehen und in welchem Umfang? Wie wird die künftige Betriebsform aussehen und wie kann dann Personal gefunden werden? Wir werden nachhaltige Antworten finden müssen, auch in finanzieller Hinsicht.

Wir wissen zwar nicht wann und wie es weitergehen wird, haben aber die Gewissheit, dass es weitergehen wird und dass Kosten auf die Stadt zukommen werden. Um zumindest handlungsbereit zu sein, stellen wir deshalb den Antrag, 500.000 € als Ansatz in den Haushalt einzustellen. Eventuell könnte man das von einer anderen Haushaltsstelle umleiten. Ich hätte da auch schon gegebenenfalls eine Idee.

In der Bundespolitik spricht man seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs von einer Zeitenwende. Die Auswirkungen dieser Wende werden auch wir deutlich zu spüren bekommen. Gut ist die Stadt Marktheidenfeld in vielerlei Hinsicht durch die Corona-Pandemie gekommen. Die Energiekrise und die sich abzeichnende beschleunigte Abkehr von fossilen Energieträgern wird die Stadt jedoch nicht nur in rein finanzieller Hinsicht vor gewaltige Herausforderungen stellen.

Deshalb sollte der Haushaltsplan 2023, von dessen Geltung ein Viertel bereits bald vergangen ist, nach unserer Meinung in erster Linie ein Haushalt der Orientierung sein. Wir müssen unsere Pflichtaufgaben in der Infrastruktur, bei der Wasserversorgung, den Straßen, beim Abwasser, den Kindertagesstätten und den Schulen unbedingt noch stärker in den Blick rücken, um nur einige wichtige Felder anzusprechen.

Andere Dinge, die wünschenswert scheinen, werden zumindest vorläufig in den Hintergrund treten. Um es klipp und klar zu sagen, für eine städtische Veranstaltungshalle oder eine aufwändige Mainufergestaltung jenseits der Lösung akuter Probleme in der Verkehrsführung werden wir in den nächsten Jahren weder die finanziellen Mittel, noch die personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung zur Verfügung stellen können. In Fragen der Durchführung von Veranstaltungen sollten wir weiterhin auf bereits vorhandene Möglichkeiten zurückgreifen und innerhalb der kommunalen Allianz über eine vernünftige Kooperation mit den Hallen in unmittelbarer Nachbarschaft nachdenken.

Die Orientierung in diesem Jahr sollte dazu dienen, sich im Klaren zu sein, dass man Begonnenes fortführen und zu Ende bringen muss. Neue Projekte sollten nicht begonnen werden, bevor andere, ältere, in Planung befindliche, immer kostenintensiver werdende Vorhaben auf der Zielgeraden sind. Es macht doch keinen Sinn, immer neue Machbarkeitsstudien und Planungen mit hohen Kosten in Auftrag zu geben und neue Dinge anzuschieben, die vielleicht erst in Jahren realisiert werden können.

Wir schlagen hier vor, eine Prioritätenliste zu diskutieren und diese jährlich fortzuschreiben.

Wir wollen in diesem Jahr übrigens im Wesentlichen davon absehen, viele zusätzliche Anforderungen an den Haushalt 2023 zu stellen. Wir erinnern aber an viele Vorschläge, die in der Verwaltung liegen geblieben sind und nicht oder nicht ausreichend bearbeitet wurden. Vieles steht nun an, zum Beispiel: Sanierung des Streetball-Platzes an den Maradies-Seen, Umsetzung eines Outdoor-Fitnessbereichs für Erwachsene, Gesprächsrunden mit der Landwirtschaft zu den Themen Feldgehölze oder Struktureichtum in der Landschaft. Zu letztem Punkt wäre auch ein Haushaltsansatz zu prüfen.

Leider gibt es bis jetzt auch keinerlei Fortschritte bei Bauleitplanungen zum Thema „Alter Festplatz/Restliches Lermann-Gelände“ oder „Parkplatz Lohgraben“.

Besonders bedauern wir, dass wir in Fragen eines Förderprogramms zur wohnbaulichen Entwicklung in den Altorten, vor allem in den Stadtteilen, keinen Schritt vorankommen sind. Die Bauverwaltung hat uns seit Jahren keine Diskussionsgrundlage dazu vorgelegt, obwohl dieses Thema mittlerweile in zahlreichen Kommunen diskutiert und befürwortet wurde. Wir beantragen eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50.000 € vorzusehen.

Zum Thema Entwicklung in den Stadtteilen bleibt auch anzumerken, dass die GEK-Projekte in den Stadtteilen bilanziert werden müssen. Das bedeutet: Was ist bereits fertiggestellt? Was ist gegebenenfalls in Durchführung und was in Planung, was könnte durchgeführt werden, wie wären die Fördermittel abzurufen, wie ist die Kostenlage? Einen möglichen Haushaltsansatz konnten wir nicht erkennen.

Zustimmend nehmen wir zur Kenntnis, dass Bürgermeister Thomas Stamm in seiner Stellungnahme zum Haushalt die kommunalen Pflichtaufgaben besonders in den Blickpunkt rückte. Wir stimmen dem Fortgang bei den Sanierungen von Ortsstraßen im Stadtgebiet ausdrücklich zu. Besonders anmahnen möchten wir allerdings eine zeitnahe Neugestaltung der Sudetenstraße. Dort sind die Oberflächen vor allem auch für Fußgänger mehr als nur eine Zumutung. Mit der Beseitigung von Rückstauproblemen bei Starkregen stehen wir bei den Anwohnern schon seit Jahren im Wort.

Für die Rückstauprobleme im unteren Bereich der Straße „Am Maradies“ hin zur Einmündung Baumhofstraße vermissen wir weiterhin einen Lösungsansatz.

Auch weisen wir ausdrücklich auf die Fortführung des barrierefreien Umbaus der Altstadt hin. Nach dem Abschluss der Untertorstraße sollten wir nicht den baldigen Bau von Komfortstreifen in der Obertorstraße übersehen.

Die Steigerung der Aufenthaltsqualität ist eine zentrale Aufgabe der Altstadtsanierung, wie dies auch im Integrierten Nachhaltigen Städtebaulichen Entwicklungskonzept (INSEK) festgehalten

wurde. Die Neustrukturierung des Marktplatzes sieht dort ebenfalls künftig Komfortstreifen vor. Die Neugestaltung des Marktplatzes geht einher mit dem Zusammenführen der Marktplatzfunktionen und der Außengastronomie. Diese Aufgabe wird schwierig, gilt es doch, vielerlei Interessen gegeneinander abzuwägen und auszugleichen. Jedenfalls macht es für uns keinen Sinn, in der Altstadt nun auf halbem Weg stehen zu bleiben und den barrierefreien Ausbau mitsamt der Marktplatz-Neugestaltung nicht mehr weiter zu verfolgen.

Auch die Denkmalspflege in Bezug auf die notwendige Sanierung von Bildstöcken und Klein-Denkmalen nach der Denkmalliste sind sträflich vernachlässigt. Zuletzt war die Rede davon, für diese Aufgabe ein Büro beauftragen zu wollen, was vermutlich die Zeit für dringend nötige Sanierung der Objekte nicht verkürzt, aber die Kosten erhöht. Wir beantragen für diesen Bereich eine kontinuierliche Haushaltsstelle in Höhe von jährlich 20.000 €, um Dinge in der Stadt und in den Stadtteilen nach und nach in Ordnung bringen zu können.

In diesem Zusammenhang hoffen wir darauf, in Kürze wieder ein geeignetes Büro zur Beratung bei der Altstadtsanierung finden zu können. Mit Blick auf die dortige Bausubstanz ist darauf zu achten, dass sich eventuell bietende Chancen nachhaltiger Entwicklung wahrgenommen werden können. Mit Blick darauf ist der Ansatz zum Erwerb von Grundstücken oder Gebäuden zu überprüfen.

In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder eine Prüfung der städtischen Gebäude auf deren Energieeffizienz angemahnt. Nun sehen wir durch die sich abzeichnende Abkehr von fossilen Brennstoffen für Heizzwecke und Warmwasser dringenden Untersuchungs- und Handlungsbedarf. Dieser besteht vorrangig für ältere Bestandsgebäude, darunter einige städtische Wohngebäude. Wir dürfen es nicht riskieren, unseren marginalen Einfluss auf den Mietwohnungsmarkt zu verlieren. Wir stehen auch unseren Mietern gegenüber in einer gewissen Verpflichtung. Die Umstellung der betreffenden Heizanlagen und Warmwasseraufbereitungen in unseren Objekten wird uns stark in Anspruch nehmen. Wir beantragen, über ein kontinuierliches Monitoring unserer Gebäude nachzudenken.

In Fragen der Wasserversorgung haben wir endlich einen Überblick gewonnen und einen Eindruck von den gewaltigen Herausforderungen. Die Schaffung einer Ergänzung und Alternative mit einem dritten Brunnen am Obereichholz muss zügig verfolgt werden. Bisherige Versäumnisse bei den Schutzgebieten müssen aufgearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an den Hinweis zu einem Einstieg in ein Düngemittelmanagement durch die Fachplanerin. Wir bitten um eine Überprüfung, ob hierfür bereits 2023 finanzielle Mittel benötigt werden.

In diesem Gesamtbereich werden wir die Überlegungen zum Bau eines neuen Wasserwerks und einer notwendigen neuen Aufbereitungsanlage nicht aus den Augen verlieren dürfen. Ausdrücklich wollen wir aber auch an dieser Stelle auf die Problematik der bisherigen Zuleitung aus dem Gewinnungsgebiet Obereichholz hin zu den Hochbehältern hinweisen.

Wenig Einblick haben wir bislang in die Erfordernisse der Abwasserbeseitigung über die Sanierung von Kanaltrassen hinaus. Stichpunktartig verweisen wir auf die Themen „Chemische Reinigungsstufe“ oder „Mikroplastik“, die in der Fachwelt schon seit längerem angesprochen werden.

Das Großbauprojekt „Grundschule“ wird in diesem Jahr wohl an Fahrt aufnehmen und diverse Gebäude werden abgerissen, um Platz für die Erweiterung der Friedrich-Fleischmann-Grundschule zu schaffen. Die Belastungen durch die erhöhten Umlagekosten für den Schulverband werden sich in künftigen Haushalten niederschlagen.

Doch kommen wir nun, unter dem Thema Pflichtaufgaben, zu unserem größten Problemkind, dem bedarfsgerechten Ausbau unserer Kindertagesstätten. Hier ist einfach viel zu viel Zeit ins Land gegangen. Nun sollen Erweiterungen Linderung schaffen, und wir sprechen genau über

die teuren Interimslösungen, die eigentlich vermieden werden sollten. Obwohl die Agenda eigentlich seit Jahren auf der Hand liegt, wurde sie erst kürzlich auf eine Presseanfrage hin nun von der Verwaltung zu Papier gebracht. Wir bitten darum, keine weitere Zeit zu versäumen und die Dinge entschieden voranzutreiben.

- 1.) Der Bau einer Kindertagesstätte an der Ludwigstraße ist für uns als erster Schritt unverzichtbar und so bald wie möglich umzusetzen. Die Vorbereitung eines VgV-Verfahrens befindet sich hoffentlich schon kurz vor dem Abschluss.
- 2.) Der nächste unumgängliche Schritt ist für uns dann der Neubau der Kita Kolpingstraße.
- 3.) Ist dieser schließlich bezogen, dann wird man ehrlich bilanzieren müssen: Reichen damit die notwendigen Plätze im Regelbetrieb, vor allem aber auch im Krippenbereich, aus? Kann unter diesen Umständen der Standort Lohgraben aufgegeben werden oder ist er, wie auch immer, fortzuentwickeln?

Wir halten nichts von Versuchen, die Herausforderung bei der Kinderbetreuung aktuell kleinrechnen zu wollen. Wir sind überzeugt, dass gerade im Krippenbereich der Bedarf noch weiter anwachsen wird. Im Interesse der jungen Familien und letztlich auch des Wirtschaftsstandorts müssen wir uns der Problematik entschieden zuwenden.

Zu guter Letzt das Thema Personal:

Die Stadt Marktheidenfeld hat in den letzten Jahren ein gehöriges Anwachsen beim Personal zu verzeichnen. Dies resultiert unter anderem auch aus der Übernahme der Volkshochschule und aus der Schaffung der städtischen Musikschule. Die Aufgaben für unsere Verwaltung und Betriebe sind ohne Zweifel gewachsen. Für die Kernverwaltung im Rathaus sind neue Stellen geschaffen worden, die dort schon den Büroraum knapp werden lassen.

Wir werfen an dieser Stelle die Frage auf, ob die neuen Stellen die beabsichtigten Effizienzerfolge erbracht haben. Wir begrüßen daher die Schaffung einer Stelle in der Hauptverwaltung für den Personalbereich ausdrücklich, erwarten aber, dass dies schon bald zu einer Untersuchung unserer Organisationsstrukturen in der Verwaltung führen wird. Eines ist uns deutlich, der Weg der Personalmehrung wird in den nächsten Jahren nicht mehr in diesem Umfang beschritten werden können.

Es muss aber an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede die Hoffnung hegte, dass Neuerungen in Bezug auf die ständigen Stellvertretungen in den Kitas zum Tragen kommen und durch die Einrichtung von sogenannten Pufferstellen eine bessere Flexibilität bei der Personalplanung angestrebt ist. Er erwähnte 100 Mitarbeiter*innen, für nach unseren Feststellungen ca. 450 Kinder in fünf Kitas. Trotzdem muss ich die Frage stellen, warum noch immer mit Personalengpässen zu kämpfen ist, die größer sind, als jemals zuvor, und es dadurch gar zu plötzlichen, ganz unvorhersehbaren Schließungen von Einrichtungen kommt. Ich möchte dieses Thema an dieser Stelle nicht vertiefen, sondern bitte darum, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und Möglichkeiten auszuloten, dieses Faktum zu verbessern.

Zum Ende meiner Rede zum Haushalt 2023 gebe ich zu Bedenken:

Die Aufgaben, die vor uns liegen sind gewaltig, und noch ist die Stadt finanziell gut aufgestellt. Wir werden oftmals von auswärts beneidet, kennt man dort doch nur die Zahlen und nicht unsere Herausforderungen. Wir haben den gewissen Pessimismus unserer Kämmerin in Sachen künftiger Steuereinnahmen mittelfristig durchaus zur Kenntnis genommen. Auch dies sehen wir als Verpflichtung, die Erwartungshaltung an die Stadt nicht wie in der Vergangenheit immer höher zu schrauben.

Wir signalisieren, vorbehaltlich akzeptabler Ergebnisse der weiteren Beratung des Haushaltsplans, unsere Zustimmung für das Jahr 2023.

Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion allen danken, die in unserer Stadt ehrenamtlich für das Gemeinwohl tätig sind. Ebenso unseren Hilfs- und Rettungsdiensten sowie der Polizei, aber auch all den Dienstleistenden in Pflege und Betreuung.

Herzlichen Dank allen Menschen, die sich in sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereichen einbringen, sowie in unseren Vereinen mitarbeiten. Dank auch den Mitwirkenden in den Beiräten und Arbeitskreisen.

Einschließen in diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch all jene, die unsere Arbeit mit konstruktiver Kritik anregend begleiten. An dieser Stelle auch Dank an die Presse.

Und last but not least meinen herzlichsten Dank auch Ihnen, Herr Bürgermeister, und der Verwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates für die manchmal etwas zähflüssige, aber dennoch durchweg gute Zusammenarbeit.

59 Informationen

Der Vorsitzende informiert zum jüngsten Verfahren vor dem Landgericht Würzburg bezüglich des Betretungsrechts der Stadt beim Wonnemar.

Erster Bürgermeister Thomas Stamm schließt um 20:21 Uhr die öffentliche 06. (Sonder-)Sitzung des Stadtrates.

Thomas Stamm
Erster Bürgermeister

Matthias Hanakam
Schriftführer/in